

Antrag des Migrantinnen- und Migrantenbeirats der Stadt Bamberg zur Sicherstellung der Weiterfinanzierung der Antidiskriminierungsberatung in Bamberg

Der Migrantinnen- und Migrantenbeirat der Stadt Bamberg fordert die Stadt Bamberg auf, die Weiterführung der Antidiskriminierungsberatung durch eine kommunale Förderung sicherzustellen.

Begründung

Mit dem Wegfall der bisherigen Bundesförderung für „Füreinander in Oberfranken – FiO“ steht die Schließung der bisherigen Beratungsstelle für Betroffene von Diskriminierung ab Januar 2026 bevor, obwohl der Bedarf an professioneller Antidiskriminierungsarbeit in Bamberg unvermindert hoch ist. Mit der Bundesförderung für Respekt-Land- Projekts, im Rahmen dessen eine Antidiskriminierungsberatung auch für Bamberg angeboten werden konnte, war eine langjährige Forderung des MIBs realisiert worden. Nun droht eine zentrale Struktur zum Schutz von Menschen vor Diskriminierung und zur Förderung einer demokratischen Stadtgesellschaft wieder verloren zu gehen.

Antidiskriminierungsstelle hat in Bamberg ein niedrigschwelliges, unabhängiges und barrierearmes Angebot geschaffen, das Menschen unterstützt, die unterschiedliche Formen von Diskriminierung erleben. In einer Stadt wie Bamberg, die von kultureller, sozialer, religiöser und gesellschaftlicher Vielfalt geprägt ist, treten Diskriminierungen in sehr verschiedenen Erscheinungsformen auf. Betroffen sind nicht nur Menschen mit Migrationsgeschichte, sondern alle Personen, die aufgrund ihrer Hautfarbe, Sprache, Religion oder Weltanschauung, aufgrund von Behinderung oder chronischen Erkrankungen, ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität, ihres Alters, sozialen Status oder äußerlichen Zuschreibungen benachteiligt oder herabgesetzt werden. Diskriminierung zeigt sich auf dem Wohnungsmarkt ebenso wie in Bildungseinrichtungen, im Gesundheitswesen, im Arbeitsleben oder im öffentlichen Raum. Sie kann subtil sein – etwa durch Ausschlüsse im Alltag, stereotype Zuschreibungen oder abwertende Bemerkungen – oder offen und verletzend durch verbale oder körperliche Angriffe. In allen Fällen handelt es sich um Erfahrungen, die die betroffenen Menschen massiv belasten, gesellschaftliche Teilhabe einschränken und das Vertrauen in staatliche Institutionen beeinträchtigen.

Gerade in einer Stadt wie Bamberg, die sich zu Offenheit, Menschenwürde und Rechtsstaatlichkeit bekennt, ist das Vorhandensein einer unabhängigen Antidiskriminierungsberatung nicht nur sozialpolitisch sinnvoll, sondern ein zentrales Element demokratischer Verantwortung. Die Beratung ermöglicht es Betroffenen, ihre Rechte zu verstehen und wahrzunehmen, stärkt ihr Selbstwirksamkeitserleben und verhindert, dass Diskriminierungserfahrungen zu Isolation oder Rückzug aus dem öffentlichen Leben führen. Zugleich bietet Antidiskriminierungsstelle der Stadt wichtige Rückmeldungen über strukturelle Problemlagen und Entwicklungen, die sonst kaum sichtbar würden. Eine Kommune, die diese Erkenntnisse verliert, verliert auch ein wichtiges Instrument, um rechtzeitig Gegenmaßnahmen zu entwickeln und Gleichbehandlung tatsächlich umzusetzen.

Der Migrantinnen- und Migrantenbeirat sieht in der Antidiskriminierungsstelle einen essenziellen Partner, der dazu beiträgt, Benachteiligungen sichtbar zu machen und angemessen zu reagieren. Die Beratung schafft Vertrauen, weil sie unabhängig, fachlich qualifiziert und nicht an Verwaltungsstrukturen gebunden ist. Fällt dieses Angebot weg, entsteht eine Lücke, die andere vorhandene Stellen in Bamberg weder inhaltlich noch strukturell schließen können.

Darüber hinaus hat FiO durch seine kontinuierliche Präsenz, seine regionale Vernetzung und seine Bildungsarbeit dazu beigetragen, Diskriminierung als gesellschaftliches Thema ernst zu nehmen und Organisationen wie Vereine, Schulen, soziale Träger oder Beratungsstellen für die Bedeutung von Antidiskriminierungsstrukturen zu sensibilisieren. Der Wegfall dieser Arbeit würde nicht nur Ratsuchenden schaden, sondern den gesamtgesellschaftlichen Fortschritt im Bereich Gleichbehandlung spürbar zurückwerfen.

Der Migrantinnen- und Migrantenbeirat fordert deshalb die Stadt Bamberg auf, ihren Handlungsspielraum zu nutzen, um die Fortführung des Beratungsangebots sicherzustellen. Dies beinhaltet insbesondere die Bereitstellung finanzieller Mittel, die Aufnahme von Gesprächen mit dem Träger zur gemeinsamen Entwicklung eines tragfähigen Konzepts sowie die Prüfung, ob Antidiskriminierungsstelle als dauerhaftes kommunales Angebot verankert oder im Rahmen einer kommunalen Co-Finanzierung gesichert werden kann. Eine Stadt, die aktiv gegen Diskriminierung vorgeht und Betroffene nicht allein lässt, stärkt nicht nur die sozialen Strukturen, sondern auch ihr demokratisches Fundament, ihre Glaubwürdigkeit und ihre Attraktivität als lebenswerter Ort für alle Menschen.

Der Migrantinnen- und Migrantenbeirat fordert daher eindringlich, die Weiterfinanzierung und nachhaltige Absicherung der Antidiskriminierungsstelle zu ermöglichen und damit ein klares Zeichen für eine diskriminierungsfreie und menschenwürdige Stadt Bamberg zu setzen.

Bamberg, 02.12.2025

Mitra Sharifi

Vorsitzende des Migrantinnen- und Migrantenbeirats der Stadt Bamberg

Dr. Marco Depietri

Alexandra Jäckel-Miroshevskaya

Sprecherin des Arbeitsausschusses „Antirassismus, Antidiskriminierung und Gleichstellung“